

Mut zur Wahrheit

(Zum Leserbrief von Dorothea Schwall-Peters v.06.05.2009)

Sehr geehrte Frau Schwall-Peters,

Vivant hat von Anfang an gefordert, dass jeweils nur eine Person der Fraktion zu den Ausschüssen gehen sollte. Dies würde Steuergelder sparen, denn wie oft kommt es vor, dass in Ausschüssen mehrere Leute der gleichen Partei sitzen, und kein Wort sagen, jedoch ihr Anwesenheitsgeld kassieren.

Vivant sieht sich als Ideengeber und hat seit Jahren intensive Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung und im Parlament gemacht zum Thema Klimaschutz und zum Finanzsystem. So waren wir es die Filme ins Kino gebracht haben wie "Eine unbequeme Wahrheit" von Al Gore oder "Lets make money". Die Ideen von Vivant, wie sie es selbst schreiben, dienen allen Parteien und sind diskussionswürdig. Die Arbeit im Parlament hat sich für uns nie nur auf die DG- spezifischen Befugnisse konzentriert.

Sicherlich klingt dies profan betrachtet seltsam. Aber ist es nicht Aufgabe der Politik langfristig zu denken, neue Ideen auszuarbeiten, gerade in Zeiten der Krise. Kein Politiker bestreitet ernsthaft die Fehler im bestehenden Finanz- und Bankensystem, Niemand bestreitet mehr den Klimawandel. Wir haben seit Jahren Forderungen in der DG zu diesen Themen gestellt, und Alternativen gezeigt.

Weltweit gibt es immer mehr Regionalwährungen. Das Wort "Venntaler" ist sogar von Ihrem Parteikollegen letzten Samstag in einer Diskussion bei der CSC benutzt worden.

Ihre Partei, die für die Stärkung der Region steht, sollte dieses Modell nicht polemisieren, sondern mit uns zusammen arbeiten.

Sicherlich ist einiges im Unterrichtswesen verändert worden, aber nicht genug. Und jede wichtige Investition in Bildung benötigt Geld, und das fehlt. Immer neue Kredite sind keine Lösung. Schulen die über private Firmen mit Leasingsystem finanziert werden belasten die Steuerzahler ungemein.

Wir sollten gemeinsam versuchen die Interessen der DG durchzusetzen, dazu bedarf es einer Veränderung des Finanzsystems. Denn die DG, ist direkt abhängig von der Zahlungsfähigkeit des belgischen Staates. Zugegeben, nicht einfach, aber nicht unmöglich! Wir können dafür kämpfen, oder wir geben uns mit der immer weiter ansteigenden Verschuldung zufrieden.

Joseph Meyer, St.Vith

VIVANT- Ostbelgien